

PFAS-Fleischskandal mit Ansage: GRÜNE fordern erneut verantwortungsvolles Handeln

Die GRÜNEN Kanton St.Gallen haben bereits im Dezember 2024 kritisiert, wie nachlässig die Regierung mit PFAS-belastetem Fleisch umgeht. Die Bevölkerung wird dadurch einem vermeidbaren Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Inzwischen greifen auch nationale Medien das Thema auf. Mit einer dringlichen Interpellation und einer Petition fordern die GRÜNEN klare Massnahmen, damit der Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten endlich Priorität erhält.

Sowohl in der Ratsdebatte der Wintersession 2024 zum II. Nachtrag des Landwirtschaftsgesetzes als auch in einer Medienmitteilung vom 13. Dezember 2024 haben die GRÜNEN den Umgang der St.Galler Regierung mit PFAS-belastetem Fleisch scharf kritisiert. Gemäss der heutigen Ausgabe der «NZZ am Sonntag» kommt nun auch Kritik vom Bund. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) rügt das Vorgehen des Kantons St.Gallen deutlich. Laut BLV ist ein Verkaufsverbot zwingend, sobald der gesetzliche PFAS-Grenzwert überschritten wird. Ein Ermessensspiel besteht nicht. Dennoch lässt der Kanton den Verkauf weiterhin zu und beruft sich auf eine «Übergangsphase». Für die GRÜNEN ist dieses Zögern verantwortungslos. Es gefährdet die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten und verletzt das Vorsorgeprinzip.

Sofortiger Verkaufsstopp und lückenlose Kontrollen

Die GRÜNEN erneuern ihre Forderungen vom vergangenen Dezember. Der Verkauf von St.Galler Fleisch, das den gesetzlichen PFAS-Grenzwert überschreitet, muss sofort gestoppt werden. Jede weitere Verzögerung ist verantwortungslos. Der Kanton darf wirtschaftliche Interessen nicht länger über den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten stellen. Hinzu kommt, dass bis heute unklar ist, wie viele Landwirtschaftsbetriebe tatsächlich betroffen sind. Besonders problematisch ist, dass PFAS-Tests nur bei Tieren gemacht werden, die im Kanton St.Gallen selbst geschlachtet werden. Tiere aus dem Risikogebiet, die ausserkantonale zur Schlachtung gelangen, entziehen sich der Kontrolle. Es ist denkbar, dass diese Lücke gezielt genutzt wurde, um sich der Kontrolle zu entziehen. Nur mit einer lückenlosen Kontrolle lässt sich verhindern, dass PFAS-belastetes Fleisch weiterhin auf den Tellern der Bevölkerung landet.

Dringliche Interpellation und Petition

Die GRÜNEN werden in der morgen beginnenden Sommersession eine dringliche Interpellation einreichen, um endlich verantwortungsvolles Handeln von der Regierung zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten einzufordern. Gleichzeitig lancieren sie eine Petition, mit der sich die Bevölkerung für ein Verkaufsverbot für PFAS-belastetes Fleisch, lückenlose Kontrollen und volle Transparenz einsetzen kann.

Weiterführende Informationen:

[Petition für konsequenten Schutz vor PFAS-belastetem Fleisch](#)

[Medienmitteilung der GRÜNEN SG vom 13.12.2024](#)

[Voten zum II. Nachtrag des Landwirtschaftsgesetz in der Wintersession 2024](#)

Für Rückfragen:



Daniel Bosshard, Präsident & Kantonsrat GRÜNE SG
079 846 63 98, daniel.bosshard@gruene-sg.ch